

DIE LINKE. Berlin
8. Landesparteitag, 4. Tagung
24. September 2022

Antrag A 12

Antragssteller*in: Sandra Lust, Marcus Otto (stellv. Delegierter SZ), Denis Petri (BV Neukölln), IG Nahverkehr, Johannes Kolleck (Delegierter ChaWi), Andreas Odebrecht (BV R'dorf), Ak Rote Beete West, Dennis Egginger-Gonzalez (Steglitz-Zehlendorf), Anne Zetsche (Delegierte ChaWi), LAG Klimagerechtigkeit

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Klimaschutz jetzt: Rekommunalisierung der GASAG!

2 DIE LINKE. Berlin begrüßt das Bestreben der Landesregierung, die GASAG zu rekommunalisieren. Dabei
3 ist zu berücksichtigen, dass Teile des Gasverteilernetzes bis zum Erreichen der Klimaneutralität zurück-
4 gebaut werden müssen.

5 Ein Erwerb der GASAG unter sozialökologischen Maßgaben ergibt aus folgenden Gründen trotzdem
6 Sinn:

- 7 1. Die Bündelung der Wärmeversorgung Berlins in öffentlicher Hand durch eine Übernahme des
8 Gasnetzes- und der Fernwärmeversorgung ermöglicht einen konzertierten Rückbau des Gas-
9 netzes bei gleichzeitigem Aufbau des Fernwärmenetzes sowie einer Dekarbonisierung der Fern-
10 wärmeerzeugung;
- 11 2. Gaskund:innen, vor allem Mieter:innen müssen in dieser Phase der Umrüstung vor unbezahlba-
12 ren Wärmekosten geschützt werden;
- 13 3. Für die Dekarbonisierung und den starken Ausbau des Fernwärmenetzes besteht erheblicher
14 Fachkräftebedarf. Eine Rekommunalisierung der GASAG ermöglicht eine Weiterqualifizierung
15 und Weiterbeschäftigung des Personals.
- 16 4. Die GASAG ist mittlerweile ein integriertes Energieversorgungsunternehmen, das zunehmend
17 in die Erzeugung erneuerbarer Energien sowie in Energiedienstleistungen investiert

18 Um diese - für eine soziale Berliner Wärmewende unabdingbaren - Ziele umzusetzen, braucht es finan-
19 zielle Spielräume, die bei den Kaufpreisverhandlungen zwingend zu berücksichtigen sind.

20 Deshalb fordert DIE LINKE. Berlin die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus auf, sich dafür einzusetzen,
21 dass bei den Verhandlungen über einen Kauf der GASAG ein Fahrplan für eine fossilfreie Wärmeversor-
22 gung bis spätestens 2040 in die Kalkulation des Kaufpreises mit einfließt.

Begründung:

- 24 - Für bestimmte Anwendungen (Industrie, Tankstellen für Schifffahrt, Spitzenlastkraftwerke)
25 kann das Netz der GASAG zukünftig auf Wasserstoffleitungen umgerüstet werden. Der für die
26 Versorgung von Mehrfamilienhäusern und Privathaushalten genutzte Teil des Gasnetzes wird
27 teilweise bis 2040 zurückgebaut werden müssen: Weder grüner Wasserstoff und synthetische
28 Gase, noch Biomethan werden in ausreichenden Mengen und zu wettbewerbsfähigen Preisen
29 zur Verfügung stehen, um einen ökologischen und wirtschaftlichen Betrieb von Gasheizungen

- 30 zu gewährleisten. (siehe z.B. <https://www.agora-energiewende.de/blog/worueber-keiner-re->
31 [den-will-der-bevorstehende-abschied-vom-gasnetz](https://www.agora-energiewende.de/blog/worueber-keiner-re-den-will-der-bevorstehende-abschied-vom-gasnetz)).
- 32 - Der Berliner KLIMABÜRGER:INNENRAT empfiehlt ein stufenweises Verbot von Gasheizungen im
33 Bestand bis spätestens 2035. Eine rekommunalisierte GASAG hätte damit also maximal 13
34 Jahre, um den Kaufpreis zu refinanzieren. Allerdings kann das Gasverteilernetz nicht von heute
35 auf Morgen abgeschaltet werden, der Rückbau muss sofort beginnen und wird sukzessiv ver-
36 laufen. Umsatz und damit Gewinne der GASAG würden in dem Fall also drastisch sinken - lange
37 vor 2035!
- 38 - Die Bundesregierung angekündigt, dass ab Januar 2024 jede neu eingebaute Heizung auf der
39 Basis von 65 Prozent Erneuerbarer Energien betrieben werden muss. Das geht nur mit Wärme-
40 pumpen oder mit dem Anschluss an ein klimafreundliches Fernwärmenetz. Vor allem Eigennut-
41 zer von Wohnimmobilien werden in den nächsten Jahren verstärkt auf Wärmepumpen und Fern-
42 wärmeanschlüsse umsteigen: Werden die laufenden Kosten für den Betrieb des Gasnetzes auf
43 eine stetig schrumpfende Kundschaft umgelegt, so steigen die Heizkosten weiter, wodurch sich
44 die Flucht aus dem Gasnetz verstärken wird. Mieter*innen hingegen drohen mittelfristig unbe-
45 zahlbare Heizkosten, denn sie können ja nicht eigenmächtig auf preiswertere und ökologischere
46 Heizvarianten umsteigen. Eine rekommunalisierte Gasversorgung sollte über subventionierte
47 Tarife soziale Härten abfedern – auch dazu braucht es Geld!
- 48 - Patrick Graichen, Staatssekretär im BMWK, warnte im Mai dieses Jahres: „Während ein Teil der
49 Gasnetze für das künftige Wasserstoffnetz weiterhin gebraucht werden und deswegen zeitnah
50 die Umrüstung geplant werden sollte, wird ein anderer Teil der Gasnetze aufgrund steigender
51 Kosten und einem sinkenden Abnahmenvolumen nicht wirtschaftlich als Wasserstoffnetz betreib-
52 bar sein. Dies gilt insbesondere für Gasverteilernetze, die heute primär zur Wärmeversorgung in
53 weniger stark besiedelten Wohngebieten zum Einsatz kommen. [...] Eine explizite Ausweisung
54 von Gasrückzugsgebieten - wie in der Energieplanung der Stadt Zürich - würde zusätzliche Pla-
55 nungssicherheit für Versorger, Netzbetreiber, Kommunen und Endkunden schaffen. (vgl.
56 [https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Parlamentarische-Anfragen/2022/05/5-](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Parlamentarische-Anfragen/2022/05/5-373.pdf?__blob=publicationFile&v=4)
57 [373.pdf?__blob=publicationFile&v=4](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Parlamentarische-Anfragen/2022/05/5-373.pdf?__blob=publicationFile&v=4)).